

## Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim,  
Genossinnen und Genossen,

zum Antrag 3948/A der Abgeordneten Karlheinz Kopf, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen  
und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichtsgebührengesetz geändert wird  
(2497 d.B.) - Top 4

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Der oben zitierte Antrag in der Fassung des Ausschussberichts (2497 d. B.) wird wie folgt geändert:

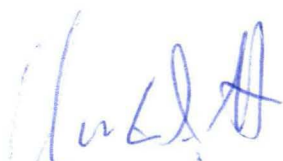
***Das Bundesgesetz, mit dem das Gerichtsgebührengesetz geändert wird, wird wie folgt geändert:***

1. In Z 3 (§ 25a) wird in § 25a Abs. 4 die Wortfolge „2 Millionen Euro“ durch die Wortfolge „750.000 Euro“ ersetzt.

### Begründung

#### Zu Z 1

Die „Temporäre Gebührenbefreiung bei dringendem Wohnbedürfnis“ ist so ausgestaltet, dass die Begünstigung bis zu einer Bemessungsgrundlage von 500.000 Euro gilt, darüber wird die Gebühr vorgeschrieben. Die Grenze von 2 Millionen Euro, ab der keine Gebührenbefreiung mehr besteht, erscheint hingegen zu hoch, und soll auf 750.000 Euro gesenkt werden.

  
(SCHMIDT)  
KOPF  
OXOMITSCH  
(YILDIRM)

